



Idlib und Chemnitz

Selbstschutz – Amerika, Westasien, Deutschland

Den Ausnahmezustand, der nach Terroranschlägen auf New Yorks Zwillingstürme, Foto, verhängt wurde, hat Präsident Trump nach 17 Jahren um ein Jahr verlängert: die Bedrohung durch radikal-islamischen Terror halte an. Tatsächlich wurde das IS-Kalifat in Irak und Syrien reduziert. In Ostsyriens Dair az-Zur läuft der Anti-IS-Kampf der Syrisch Demokratischen Kräfte. Dennoch greifen IS samt al-Qaida und Taliban aus: in Afghanistan, Libyen und Südirak. In Basra schwelt nach verfehlter Regierungsbildung zum 3. September eine Krise, vertieft durch Einflüsse pro und contra Iran. In Syrien droht mit dem Sturm auf Idlib seit dem 8. September durch al-Asads Militär mit Hilfe vom Putins Luftwaffe eine humanitäre Krise für drei Millionen Menschen, wobei eine Hälfte bereits als Flüchtlinge gelten.



Amerika erhielt Berichte, wonach al-Asad diese Rebellenenklave mit Sarin und Chlorgas gegen 30.000 Opponenten zu erobern sucht. Sollte dies passieren, so die US-Warnung am 4. September, werde Amerika rasch reagieren. Konsultationen liefen mit Paris und London, koordiniert vorzugehen. Angela Merkel lehnte es ab, sich am Militärschlag zu beteiligen.

Putins Troika, US-Gruppe

Obwohl sich Ankara am 7. September zur Westasien-Troika von Präsident Putin gesellte, warb Präsident Erdoğan am 11. September darum, das humanitäre Desaster in Idlib anzuhalten. Nach Angaben der UN flohen schon 30.000 Menschen vor möglicher Gewalt. Nicht wenige gehen zur türkischen Grenze, womit auf Ankara, das bereits dreieinhalb Millionen Syrer aufnahm, Probleme zukommen, zumal es in der Währungskrise steckt. Ob 24 Prozent Zinsen der Zentralbank verknüpft mit Limits des Devisenhandels genügen, ist abzuwarten.

Die Türkei agiert seit anderthalb Jahren als einer der drei Garanten für eine Gesamtlösung in Syrien. Der 2017 russisch initiierte Astana-Prozess, wo die UN und Amerika lediglich Beobachter sind, lässt es mit Iran und Russland handeln. In ihrer Teheraner Erklärung vom 7. September, die auf ihr Treffen in Ankara am 4. April folgte, betonen sie, den IS, die an-Nusra-Front und al-Qaida anzugehen. Syriens Dialog, der in Sotschi begann, führe zu einem Verfassungskomitee als Basis. Syrien soll territoriale Integrität erhalten. Doch behält Moskau dort zwei Militärbasen, Putin seinen Syrienhebel. Irans Milizen sind in Syrien und bekriegen da verdeckt Israel. Ankara kam zu kurz, das in Syrien um Afrin seine antikurdische Enklave erhalten will. Amerika steht noch in einem Landesdrittel mit 2.000 Beratern. Trump meinte, ist das Anti-IS-Ringen vorbei, holt er diese heim (von 200.000 im Ausland).

Praktisch ist das Ringen zwischen der durch Amerika geführten Gruppe, der sunnitische Mittelostländer wie Ägypten und Golfstaaten um Saudi-Arabien zustreben, und der Westasien-Troika Russlands auf Idlib und Jemen gerichtet. Einige agieren beiderseits wie die Türkei. Ihre Ziele ändern sich. Jedoch trägt Präsident Erdoğan Zwiste mit Amerika aus, wegen der "Gülenisten" sowie des inhaftierten US-Pastors Andrew Brunson. So liegt eine Gesamtregelung noch in der Ferne, nach der alle aus Syrien abziehen sollten, speziell Iran.

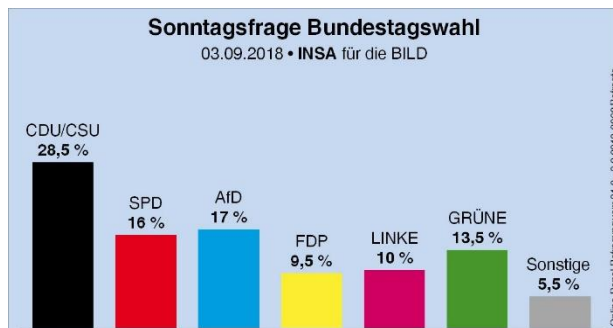
Sachsens Chemnitz

Es kriselt zu Merkels Öffnungskurs seit 2015, der unpopulärer wird. Am 27. August wurde in Chemnitz bei "Rechts-Links-Demonstrationen" eines Stadtfestes ein 35-jähriger Deutscher mutmaßlich von Asylsuchenden aus Irak und Syrien erstochen. Bürgerzorn kochte hoch. Vor dem Bundestag meinte die Kanzlerin am 12. September, sie verstehe Empörte, zeigten sich nach Tötungen wieder Täter mit Vorstrafen und ausreisepflichtig. Aber es gebe kein Pardon für Hetze, Gewalt und Naziparolen oder Pauschalurteile gegen den Osten oder Flüchtlinge. Sie startete unlegitimiert ein Sozialexperiment, gibt es als Zwang der Globalisierung aus, mutet Europa zu, ihren Illusionen zu folgen. Kritiker tut sie rechts in die Ecke, die inzwischen diese Immigration samt Folgen als "feindliche Übernahme" betitelt haben.

Schriellere Beiträge, ängstliche Anspannung. "Jetzt bricht es aus", tönte Wolfgang Thierse am 29. August, ex-Präsident des Bundestags. Er weist anderen Parteien die Schuld zu. So auch Wolfgang Kubicki, dortselbst Vizepräsident. Er sah Wurzeln der Chemnitzer Zwiste in Merkels "Wir schaffen das", meinte ihr Ja zu der Masseneinwanderung seit Mitte 2015. Der Politiker Christian Lindner betonte, Merkels Migrationspolitik habe "unsere politische Kultur" verschlechtert. Im Web ging eine "Messereinwanderung.de" um – freilich von der Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland, AfD, gegen die mediale Vernebelung.

Mutter aller Probleme?

Sachsens Ministerpräsident Kretschmer widersprach Angela Merkel, die "Hetzjagden" auf Ausländer verurteilte. Das Geschehen in Chemnitz, sagte Michael Kretschmer, müsse erst richtig beschrieben werden: es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome. Im Hintergrund der Debatte schwebten aktuelle, aber ungelöste Fragen um Asyl, Bleiberecht und Abschiebungen im Licht eines Zuwanderungsgesetzes für Fachkräfte zum Jahresende.



Als die Debatte kulminierte, "Chemnitz ist überall", zeigte die INSA-Sonntagsfrage Bundestagswahl die Spitzen-AfD. Sachsens Verfassungsschutz möge sie observieren, forderten Parteien mit 16 Prozent und minus – "wehrhafter Staat" soll sein. Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen geriet in die Wirbel und wohl unter eine "linke Lupe" von oben.

Auch sein Chef Innenminister Seehofer seit jenem 5. September: Migration sei die Mutter aller Probleme. Er verstehe, wenn sich Leute empörten, das mache sie noch lange nicht zu Nazis. Dazu ein arges Linksecho: Er zeige Verständnis für Bürgerwut, toleriere die Gewalt. Weitere riefen, er sehe die Migranten als "Urübel globalisierter Gesellschaften" an, arbeite Rechtsextremen zu. Er wolle der AfD allein die Wähler abjagen, legitimiere Fremdenhass.

Am 23. August hob Horst Seehofer an, eine nötige, wenn auch akademische Debatte zur Religion zu starten, wo er Leitsätze fand: Sozialsysteme und Integrationsfähigkeit [Sozialkitt] seien nicht zu überfordern; die Sprengkraft des religiösen Fanatismus sei nicht überholt; ethnische und religiöse Kulturunterschiede gewinnen an Bedeutung; Religionen hätten auch Tendenzen zur Unbarmherzigkeit und Intoleranz; in der postsäkularen Ära dürfe der säkulare Staat Quellen seiner Sinnstiftung nicht entsagen; also: Wurzeln pflegen, Identität bewahren, mit eigenen Kindern optimistisch vorangehen. In der Tat ist es falsch, Kritiker Nazis zu nennen, zumal in Deutschland. Reden es Merkels Kreise herbei, statt kritisch Fehler zu beheben, kennt sie noch "das Volk"?

Wolfgang G. Schwanitz